

Historisches Seminar

Seminar für Alte Geschichte

Seminar für Didaktik der Geschichte

An die

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1

40213 Düsseldorf

Offener Brief

**an den Herrn Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet,
und die Frau Ministerin für Schule und Bildung, Yvonne Gebauer**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Sehr geehrte Frau Ministerin,

wie der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands und der Geschichtslehrerverband, appellieren wir als Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an Sie, die Rückkehr zu G9 an den Gymnasien dazu zu nutzen, den Geschichtsunterricht in NRW wieder zu stärken.

In Gymnasien und Gesamtschulen sollte ab den Eingangsklassen das Fach Geschichte als zweistündiges, selbständiges Fach vorgesehen und in der Sekundarstufe I im Umfang von mindestens 8 Stunden vorgesehen werden. Der Geschichtsunterricht sollte nicht im Rahmen übergreifender Fächerverbindungen (Gesellschaftslehre) erteilt werden, was bedarfsweise an einzelnen Schulen zu fachfremder Unterrichtung oder faktischem Wegfall führt, und nicht jahrgangsweise unterbrochen sein, sondern durchgängig stattfinden. Bei entsprechend erhöhter Stundenzahl ist die Einordnung des Geschichtsunterrichts als schriftliches Fach (mit Klassenarbeiten) wünschenswert, wie sie der Geschichtslehrerverband fordert.

Die Notwendigkeit der Stärkung des Geschichtsunterrichts in Nordrhein-Westfalen ist nicht nur im Vergleich mit den Stundentafeln anderer Bundesländer geboten. Als Historiker/innen und Geschichtsdidaktiker/innen sehen wir bildungspolitischen Handlungsbedarf, um auf drängende gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren:

Aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie der aktuell wachsende Antisemitismus oder wieder verstärkte Nationalismen, zeigen auf eine zunehmende Geschichtsvergessenheit, die wir nicht länger hinnehmen dürfen. Um vermeintlich einfachen Lösungen entgegenzuwirken, die in der Öffentlichkeit propagiert und auch von jungen Menschen vorschnell aufgegriffen werden, gilt es mündige Bürgerinnen und Bürger heranzubilden, die komplexe Zusammenhänge verstehen und auf Komplexität nicht mit Abwehr reagieren.

Zudem verlangt das gesellschaftliche Miteinander in einer Einwanderungsgesellschaft die Reflexion historisch gewachsener und kulturell bedingter gesellschaftlicher Werte und Normen sowie der sich auf dieser Grundlage ausprägenden Identitäten. Geschichtsunterricht kann und sollte dazu beitragen, gesellschaftliche Integrationsprozesse zu fördern.

Der Geschichtsunterricht muss daher als zentrales Element schulischer Bildung gestärkt werden. Er befähigt Schülerinnen und Schüler dazu, sich in einer rasant wandelnden Gegenwart besser zu orientieren. Die Behandlung von Themenfeldern wie der Entstehung und Entwicklung von Diktaturen oder autoritären Regimen vergegenwärtigt, wie in solchen Systemen mit politischen Gegnern umgegangen wurde und sensibilisiert für die Wertschätzung von Menschen- und Freiheitsrechten. Die Geschichte Europas mit ihren Kriegserfahrungen verweist auf die große Errungenschaft der Europäischen Union. Die Behandlung des Kolonialismus und seiner Folgen ermöglicht eine kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen gegenwärtiger rassistischer und fremdenfeindlicher Tendenzen, aber auch das Kennenlernen von Modellen des Kulturkontakts. Ein Einbezug außereuropäischer Regionen in den Geschichtsunterricht reagiert auf die Anforderungen der heutigen Globalisierung.

Ein grundlegender Aspekt des Geschichtsunterrichts ist der kritische Umgang mit Quellen, der vor dem Hintergrund der Digitalisierung und der wachsenden Bedeutung sozialer Medien enorm an Bedeutung gewonnen hat. In Zeiten von sog. „fake news“ vermittelt der Geschichtsunterricht den Schülerinnen und Schülern wichtiges Handwerkszeug für einen kritischen Umgang mit den überall verfügbaren Informationen bzw. Behauptungen. So werden sie in die Lage versetzt, die Standortgebundenheit und Perspektivabhängigkeit von Informationen zu verstehen. Der Umgang mit historischen Quellen im Geschichtsunterricht und die Suche nach einer ausgewogenen und abwägenden Urteilsbildung schärfen diese Fähigkeiten. Sie tragen damit zur Persönlichkeitsbildung eigenständiger, der Demokratie verpflichteter Bürgerinnen und Bürgern bei.

Die skizzierten gesellschaftlichen Herausforderungen verlangen nach einer fundierten historischen Bildung, die im Geschichtsunterricht geleistet werden kann, dafür allerdings einer angemessenen Zahl von Unterrichtsstunden bedarf. Auch das besondere Potential außerschulischer Lernorte (Museen und Gedenkstätten) kann bislang durch zu geringe Stundenzahl für den Geschichtsunterricht an den Gymnasien nur unzureichend genutzt werden.

Wir fordern deshalb, dass das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen nicht weiterhin im Vergleich der Länder das Schlusslicht ist bei der Erteilung schulischen Geschichtsunterrichts. Die Rückkehr zu G9 und die Lehrplannovellierung müssen dafür genutzt werden, den Geschichtsunterricht

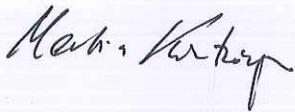
in den Sekundarstufen I und II zu stärken und die fachwissenschaftliche Ausbildung an den Universitäten gegenüber pädagogischen Anteilen wieder zu stärken und auszuweiten.

Mit freundlichen Grüßen

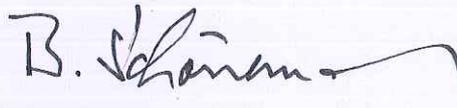
für die Lehrenden des Historischen Seminars, des Seminars für Alte Geschichte sowie des Seminars für Didaktik der Geschichte an der Westfälischen Wilhelms Universität Münster

die Geschäftsführenden Direktoren

Münster, 17. Dezember 2018



Prof. Dr. Martin Kintzinger



Prof. Dr. Bernd Schönemann



Prof. Dr. Johannes Hahn